

Verbände stellen Fünf-Punkte-Forderungskatalog für bäuerliche Landwirtschaft, Umwelt und Tierschutz vor

Hannover/Berlin: Eine neue Landwirtschafts-Politik erwarten die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Deutsche Tierschutzbund. Der Landwirtschaft drohe ein massiver Strukturbruch, nicht nur bei den Milchviehbetrieben. Eine Agrarpolitik, die sich gegen Bäuerinnen und Bauern richte, sei inakzeptabel. In einem Fünf-Punkte-Papier fordern die Verbände von der Bundesregierung und den Bundesländern wesentliche Weichenstellungen in den Bereichen Tierhaltung, EU-Agrarpolitik, Düngerecht, Agrarexporte und Ökolandbau.

„Die Zukunft muss einer tierschutzgerechten, flächengebundenen Tierhaltung gehören, die Grünland nutzt und den Tierschutz deutlich verbessert“, sagte Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Die Vorschläge im Nutztiergutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik müssten ohne weiteres Zögern umgesetzt werden. „Wir brauchen eine eindeutige Kennzeichnung der Tierhaltung als staatliches Label, damit Verbraucherinnen und Verbraucher wirklich entscheiden können. Die Haltungsverfahren müssen sich grundsätzlich ändern. Manipulationen am Tier und tierquälerische Eingriffe gehören verboten“, so Schröder.

Das von den drei Verbänden getragene NEULAND-Programm zeige Alternativen auch für konventionelle Betriebe. Darum müsse das NEULAND-Programm auch von den Bundesländern unterstützt werden. Unabhängig davon fordern die Verbände die Bundesregierung auf, ihre eigenen Ziele ernster zu nehmen.

„Seit Jahren ignoriert die Bundesregierung das Ziel von mindestens 20 Prozent Ökolandbau, wir wollen, dass es bis 2030 erreicht wird. Anstatt sie zu importieren müssen mehr Bio-Lebensmittel in Deutschland hergestellt werden. Die Nachfrage liegt hier deutlich über dem Angebot“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. „Damit bäuerliche Betriebe eine Zukunft haben und die Agrarwende gelingt, ist das Bundesprogramm Ökolandbau auf 60 Millionen Euro aufzustocken. Massiv muss auch in die Öko-Agrarforschung investiert werden, und zwar entsprechend dem realen Prozentsatz der ökologisch bewirtschafteten Fläche. Um den übermäßigen Pestizid-Gebrauch zu reduzieren, brauchen wir außerdem ein schnell wirksames Ausstiegsprogramm für Ackergifte wie Glyphosat“, forderte der BUND-Vorsitzende.

„Die gezielte Ausrichtung der Landwirtschaft auf unsichere Exportmärkte kostet Tausenden Höfen die wirtschaftliche Zukunft. Dabei möchte die Gesellschaft Bauernhöfe und keine Agrarfabriken. Wir fordern Bund und Länder auf, die Chancen der EU-Agrarpolitik endlich zu nutzen, um den Betrieben bei der Ausrichtung auf heimische Qualitätsmärkte zu helfen. Über die Hälfte der jährlich fünf Milliarden Euro Direktzahlungen in Deutschland können und müssen zielgerichtet für eine tiergerechte und umweltschonende bäuerliche Landwirtschaft eingesetzt werden. Europa ermöglicht



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



diese Umschichtungen, Bund und Länder müssen sie nun beschließen“, erklärte der AbL-Vorsitzende Martin Schulz. Für den Milchmarkt forderte Schulz zudem eine schnelle Mengenbremse, damit sich Milchpreise nachhaltig erholen könnten. „Es ist höchste Zeit“, mahnte Schulz.

Zum Fünf-Punkte-Programm des BUND, der AbL und des Deutschen Tierschutzbundes:
https://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/landwirtschaft/160622_bund_landwirtschaft_politikwechsel_kernforderungen.pdf

Pressekontakt: Christian Rehmer, Leiter Agrarpolitik beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Tel. 030-27586-473, Mobil: 0174-39 32 100; Ulrich Jasper, Stellvertretender Geschäftsführer der AbL, Tel. 02381-905 31 71, E-Mail: jasper@abl-ev.de; Marius Tünte, Pressesprecher, Deutscher Tierschutzbund, Tel. 0228-604 96 24, E-Mail: presse@tierschutzbund.de bzw. Annika Natus, BUND-Pressereferentin, Tel. 030-27586-425/-489, Fax: 030-27586-440, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net